

SCHWEIZ

MEDIENEXPERTE KURT IMHOF

«Der Freisinn ist politisch blind»

WAHLEN 2003

Die Bisherigen

Jean-Claude Cornu
Ständerat
FDP, Freiburg

INNENSICHT Mein Engagement bestand im Wesentlichen darin, eine aktive Rolle in drei wichtigen Kommissionen (WAK, APK und SPK) einzunehmen. Stark beschäftigt haben mich beim neuen Finanzausgleich die Position Freiburgs sowie der Rand- und Landwirtschaftskantone. Ich habe mich zudem für tiefere Steuern (Steuerpaket) und gegen neue Abgaben eingesetzt. Zentrale Themen waren für mich unter anderem die Agrarpolitik 2007, die Forstwirtschaft («Lothar»), der Asylrechtsmissbrauch sowie der Kantonsanteil an den überschüssigen Goldreserven. Stark habe ich mich auch in den Abstimmungskämpfen engagiert. Für die Wahl von Staatsrätin Ruth Lüthi in den Bundesrat und den Sitz des neuen Bundesverwaltungsgerichts in Freiburg kämpfte ich leider erfolglos.

AUSSENSICHT Jean-Claude Cornu ist ein solider Schaffer und politisiert sachlich und unideologisch. Er gilt als umgänglicher, angenehmer und ausgleichender Typ. Er gehört aber nicht zur Sorte Politiker, die sich gerne in den Vordergrund drängen. In seiner ersten Legislatur hat er sich in der Kammer dennoch seinen Platz erobert.

Jean-Claude Cornu (47) ist Oberamtmann des Freiburger Bezirks Glâne. Der Jurist ist verheiratet und Vater einer Tochter und eines Sohnes im Schulalter.

MOMENT MAL

Mit Tempo nach Bern

Gregor Poletti

Und einer hat es besonders pressant. Der kommt – wenn erstaunt es – aus dem autoverrückten Tessin. Dieser Ständerat zeigt nicht nur Zähne, wie es seine CVP von ihm verlangt. Nein, er ist auch ein unverbesserlicher Bleifuss. Seine Name ist nicht etwa Lamborghini, sondern Lombardi, Philippo. Erwischt hat ihn die Aargauer Polizei auf der Fahrt zu einer dringenden Sitzung in Bern mit 115 km/h auf dem Tacho, erlaubt gewesen wären 80. Aber es kommt noch dicker: Der Jurist mit einem Hang zur Korpulenz war ohne Führerausweis unterwegs. Dieser war ihm wegen mehrfachen Übertretungen für 22 Monate entzogen worden. Doch ganz christlicher Politiker, zeigt der Verkehrssünder Reue, er habe halt schon immer ein «gestörtes Verhältnis» zu Motoren gehabt. Diese «Störung» dürfte im Tessin indes kaum jemanden stören. Und sie werden den Raser wohl erneut nach Bern schicken. Nicht um dort Busse zu tun, sondern wohl eher in der Hoffnung, dass er sich gegen die verhassten Bussen was einfallen lasse. ♦

Soziologe Kurt Imhof stellt fest, dass sich Medien- und Politikakteure auf ein triviales Muster der Aufmerksamkeitsgewinnung eingestellt haben. Inhaltliche Auseinandersetzungen würden nicht geführt.

♦ **Interview: Herbert Fischer**
Bald wird das Parlament gewählt. Ist der Eindruck richtig, dass keine substanziellen Debatten stattfinden?

Kurt Imhof: Ja, der Eindruck ist richtig. Der Wahlkampf findet stark auf der symbolischen Ebene statt. Er besteht vor allem aus Schlagwörtern und möglichst provokativen Plakaten. Politische Inhalte jedoch werden kaum diskutiert. Es gibt eine eigentliche Strategie, zentrale Themen zu vermeiden.

Es soll also bloss Aufmerksamkeit erregt werden?

Sicher, dazu gehört die Stilisierung der Konflikte, auf Personen zu spielen, möglichst auf prominente und mächtige. Darum geht es – wenn denn überhaupt Themen lanciert werden – jetzt vor allem um die Bundesratswahl, die allerdings gar nicht am 19. Oktober stattfindet. Diese Wahl wiederum wird reduziert auf die Frage, wer aus dem Bundesrat gehen und wer die Villiger-Nachfolge antreten soll. Inhaltliche politische Auseinandersetzungen werden auch hier vermieden.

Müsste die Debatte über die Zauberformel die Frage beinhalten, was deren Änderung bewirken würde?

Tatsächlich wird auch die Konkordanz- oder Zauberformeldebatte ausschliesslich auf die Personen reduziert, die dem Bundesrat angehören sollen oder eben nicht. Man gibt sich nicht

«Die Mitteparteien haben keine eigene und vor allem keine eigenständige Programmatik mehr.»

Rechenschaft darüber, dass die Zusammensetzung der Landesregierung fundamentale Auswirkungen auf die direkte Demokratie hat. Auch dort, wo ansatzweise die Zukunft der Sozialwerke thematisiert zu werden scheint, fokussiert sich die Diskussion auf das Rentenalter 67. Kurzum: Die Rolle der Schweiz in der Welt, zentrale Strukturen

ZUR PERSON

Kurt Imhof

Kurt Imhof (47) ist seit drei Jahren ordentlicher Professor für Publizistikwissenschaft und Soziologie an der Uni Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte sind Öffentlichkeits- und Mediensoziologie, Soziologie sozialen Wandels, Öffentlichkeits- und -geschichte sowie Minderheitensoziologie. Er ist Vizepräsident der Schweiz. Gesellschaft für Soziologie und Herausgeber der Buchreihe «Krise und sozialer Wandel. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz». hrf



Soziologe Kurt Imhof gibt sowohl den Parteien wie auch den Medien schlechte Noten.

BILD HERBERT FISCHER

und Prinzipien unseres Systems, eine Wirtschaftspolitik zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und auch die Sozialpolitik werden bloss gestreift, nicht aber substanziell debattiert.

Aber es lägen auch klassische Betroffenheitsthemen auf dem Tisch.

Das kann man sicher sagen. Tatsächlich wären auch Debatten notwendig, die entscheidend sind für die Zukunft der Schweiz. Etwa ihre Stellung innerhalb von Europa, mithin die ganze Souveränitätsdebatte (mit den Stichworten Schengen, Dublin und Bankgeheimnis) – ganz fundamentale Themen also, die vermieden werden. Und innenpolitisch ist eine Reformdebatte überfällig, die verknüpft sein muss mit einer wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung.

Was sind denn die Gründe hinter dieser offensichtlichen Themenvermeidungs-Strategie?

Wir haben es zu tun mit einer Angst vor den Wählern. Die Parteien befürchten, dass das Anstossen besagter Themen innere Zerreihsproben verursacht und dass sie dafür auch von den Wählern abgestraft werden. Denn dies sind alles Themen, bei denen davon ausgegangen wird, dass eine Partei nur verlieren kann.

Meiden CVP und FDP öffentliche und direkte Konfrontatio-

nen mit der SVP, weil sie ihr kein Podium bieten wollen?

Es geht noch ein Stück weiter. Die Mitteparteien CVP und FDP sind programmatisch ausgelaufen. Sie haben keine eigene und vor allem keine eigenständige Programmatik mehr. Hingegen verschiedene Strömungen, die schwierig unter einen Hut zu bringen sind. Sowohl die CVP wie auch der Freisinn sind gekennzeichnet durch eine selbstgeschaffene Handlungsunfähigkeit, weil auch durch sie über Jahre hinweg bloss Deregulierung und Sparen gefordert worden ist. Wenn aber der Staat nur sparen, sparen, sparen soll, hat er keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr. Kreatives, zukunftsorientiertes Denken wird dadurch in diesen Parteien verunmöglicht.

Befinden sich CVP und FDP in einer Art Vakuum?

Ja, das hat sie in ein programmatisches Vakuum geführt. Man könnte es präzisieren und sagen: Wenn der Antietatismus zum einzigen Inhalt wird, führt dies in eine Reformblockade, weil entscheidende Fragen der politischen Auseinandersetzungen gar nicht mehr benannt werden. Das wirkt sich auch auf das politische System insgesamt aus. Die Frage, welchen Staat wir überhaupt wollen, wird geradezu tabuisiert. Wer nur noch mit Sachzwängen argumentiert – Beispiel: Die Zukunft der Sozialwerke wird nur unter dem Aspekt der demografischen Ent-

wicklung gesehen –, verabschiedet sich vom Willen, den Staat und damit eben das Gemeinsame mitgestalten zu wollen.

Lancieren die Parteien Themen auch deswegen nicht, weil dies eine Aufgabe der Medien ist?

Dieser Komplex ist sehr wichtig. Wer die Wahlkämpfe über längere Zeit vergleicht, merkt, dass sowohl die Akteure in den Parteien wie auch jene in den Medien sich immer mehr auf ein ganz triviales Muster der Aufmerksamkeitsoptimierung eingestellt haben. Es geht fast ausschliesslich nur um Personen, also um die Prominenzierung führender Figuren der Politik auf Kosten von Strukturen und Inhalten. Die Medien beziehen sich auf die Politik praktisch nur noch, wenn sie personalisiert werden kann; auch Ideen und Konzepte werden ausschliesslich personalisiert.

Und skandalisiert?

Dann haben wir es auch zu tun mit einer massiv gesteigerten Konfliktstilisierung und Skandalisierung in der öffentlich kommunizierten Politik. Die Parteien stellen sich darauf ein und

«Es gibt eine eigentliche Strategie, zentrale Themen zu vermeiden.»

bedienen die Medien mit Konfliktstilisierungen, Provokationen und Skandalisierungen. Im Wettbewerb um Aufmerksamkeit reduzieren auch die Parteien die Komplexität der Politik auf das gängige Medienformat. Und die Medien wiederum sind so fixiert auf Nachrichtenwerte, dass auch sie die angesprochenen Themen nicht bearbeiten, obwohl exakt dies – von ihrem Selbstverständnis her – ihre Aufgabe wäre.

Buhlen die Medien auch nur um Aufmerksamkeit?

Ja, klar. Die Medien sprechen ein Medienpublikum an und nicht ein Publikum von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Dementsprechend funktionieren auch ihre Selektionslogiken, ihre Inszenierungslogiken und ihre Interpretationslogiken. Das produziert «mehr vom Gleichen» und damit Einfalt, nicht jedoch Vielfalt. Man schaut und schreibt sich wechselseitig jene «Events» ab, die gut ankommen.

Führt das zu einer Verflachung der Profile der einzelnen Medien?

Ganz eindeutig. Kommt dazu, dass für die wenigen Printmedien, die noch ein politisches Selbstverständnis haben, das bei

den Mitteparteien angesprochene programmatische Auslaufen auch zutrifft. Und auch die Forumsmedien sind zurückhaltender geworden in ihrer politischen Profilierung, sonst wäre es nicht so, dass sie sich diesbezüglich kaum mehr unterscheiden. Sie haben Angst, Leser, Hörer und Zuschauer zu verlieren.

Zudem diszipliniert die Wirtschaft die Medienschaffenden. Viele pflegen ihre Beisshemmungen geradezu. Ausgesprochen. Das Klima zwingt eindeutig zur Konformität wechselseitigen Abschreibens auf der Basis derselben Nachrichtenwerte.

Sozialminister Couchepin hat im Sommer mit der Forderung nach dem Rentenalter 67 provoziert. Was ist geblieben?

Das eine ist die Resonanz, die sehr hoch war. Entsprechend fielen die Reaktionen aus, wie am letzten Samstag mit der grossen «Rentendemo» der Gewerkschaften in Bern. Zum anderen: Gewonnen hat die Sozialstaatsdiskussion nichts.

Und was hat er im bürgerlichen Lager bewirkt?

Einen Diskurs, der allerdings nur Sachzwänge thematisiert. Im Sinne von: Wir müssen das Rentenalter auf 67 erhöhen, weil die demografische Entwicklung dies so erfordert. Inhaltlich gesehen ginge es jedoch darum, sich Rechenschaft darüber abzulegen, welche Typen von Solidaritäten wir mit den Sozialwerken eigentlich erreichen beziehungsweise bewahren wollen und wie viel wir dafür zu bezahlen gewillt sind.

Was ist von der Frontalattacke der SP auf Volkswirtschaftsminister Deiss geblieben?

Genauso wenig. Thema war ja eigentlich bloss die Frage: Darf die SP so mit einem Bundesrat umgehen? Viel Ablehnung und Kritik erntete die SP Schweiz dafür übrigens aus den eigenen Reihen. Dabei steckt hinter der Darstellung des badenden Wirtschaftsministers die substanzielle Frage: Wollen wir einen Staat, der lenkend in die wirtschaftliche Entwicklung eingreift oder nicht?

Die FDP präsentiert nun ihre möglichen Villiger-Nachfolgerinnen und Nachfolger.

Könnte sich diese Personalpräsentation kontraproduktiv erweisen, weil dadurch mit Sicherheit wieder bekannte Flops bekannter FDP-Leute in der Wirtschaft thematisiert werden?

Ich bin erstaunt über das Ausmass der politischen Blindheit des Freisinns. Sie ist nur möglich, weil das Parlament und nicht das Volk den Bundesrat wählt. Ich bin überzeugt davon, dass diese Personalpräsentation der FDP schaden wird. ♦

ANZEIGE

Peter Vollmer - Oder kennen Sie jemanden, der mehr für den öffentlichen Verkehr tun kann?

Auf jede Liste zweimal PETER VOLLMER
SP-Liste (Männer)